

Frankfurt a.M./Potsdam, 29.03.2021

Gemeinsame Stellungnahme des VHD und des ZZF zur Erklärung von Georg Friedrich Prinz von Preußen

Georg Friedrich Prinz von Preußen hat in den vergangenen Wochen in mehreren Interviews erklärt, rückblickend reflektiere er selbstkritisch sein äußerungsrechtliches Vorgehen im Streit um die Restitutionsforderungen und die historische Verantwortung seiner Familie für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Er bedauere, so heißt es, dass er nicht ausreichend versucht habe, mehr und früher mit allen Beteiligten zu sprechen und Missverständnisse nicht auf juristischem, sondern auf anderem Wege auszuräumen.

Der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD) und das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) begrüßen die gewandelte Sichtweise des Hauses Hohenzollern, sein bekundetes Eintreten für einen geschichtskulturellen Dialog und auch seine Bereitschaft, mit den von äußerungsrechtlichen Verfahren betroffenen Historikerinnen und Historikern in ein Gespräch zu kommen. Wir bedauern sehr, dass die intensiven juristischen Schritte gegen Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Medien die wissenschaftliche und öffentliche Debatte über die Restitutionsforderungen Herrn Prinz von Preußens erschwert und alle Beteiligten einer erheblichen Belastung ausgesetzt haben.

Zur Selbstverständigung einer Demokratie gehört eine kontinuierliche, offene und kritische Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte. Die aktuelle Debatte, die im Zusammenhang mit den Forderungen des Hauses Hohenzollern an die öffentliche Hand geführt wird, stellt daher in vielerlei Hinsicht einen grundlegenden demokratischen Selbstverständigungsdiskurs dar. Die notwendige Diskussion kann indes nicht in einem Klima der Angst und Einschüchterung durch juristische Auseinandersetzungen geführt werden. Daher ist die Rücknahme aller juristischen Schritte sowie die entsprechende Rückabwicklung aller laufenden Verfahren sowohl gegen Wissenschaftler:innen als auch gegen Akteur:innen und Institutionen der Wissenschaftskommunikation eine notwendige Voraussetzung weiterer Gespräche.

Der **Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD)** ist das Vertretungsorgan der deutschen Geschichtswissenschaft in der Öffentlichkeit. Kernaufgabe des VHD ist die Veranstaltung des Deutschen Historikertages. Als Interessenvertretung setzt sich der VHD in vielfältiger Weise für die Belange seiner Mitglieder ein und steht als Fachverband im ständigen Dialog mit Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Der VHD hat zurzeit etwa 3.400 Mitglieder. Website: www.historikerverband.de.

Kontakt

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V.
c/o Goethe-Universität Frankfurt am Main
Senckenberganlage 31-33
60325 Frankfurt a.M.

Ansprechpartner: Frank Kell, kell@historikerverband.de
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Eva Schlotheuber (Vorsitzende) / Prof. Dr. Johannes Paulmann (Schriftführer)

Das **Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)** erforscht die deutsche und europäische Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert und ihre Auswirkungen bis in die Gegenwart. Als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft wird seine Grundausstattung jeweils zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen. Hinzu kommen Drittmittel, die das Institut für Forschungsvorhaben einwirbt. Das Institut ist über gemeinsame Berufungen mit der Universität Potsdam und der Humboldt-Universität zu Berlin verbunden und kooperiert in Forschung, Lehre und Nachwuchsausbildung mit zahlreichen weiteren Hochschulen. Die wissenschaftliche Arbeit des ZZF gliedert sich gegenwärtig in vier Abteilungen sowie die Direktion, die sich mit folgenden Themenbereichen befassen:

- Kommunismus und Gesellschaft
- Geschichte des Wirtschaftens
- Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft
- Regime des Sozialen

Weitere Informationen zum ZZF finden Sie hier: www.zzf-potsdam.de

Kontakt

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Am Neuen Markt 1
14467 Potsdam

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Frank Bösch / Prof. Dr. Martin Sabrow